

Sonderbericht

Pandemie-Update Nr. 7: Die Auswirkungen auf Gewerbe und Privathaushalte in Deutschland



Das Wichtigste in Kürze: In den anfänglich besonders von der Virus-Pandemie betroffenen Staaten Europas sind die täglichen Neuinfektionen weiter rückläufig. Hieran hat auch die allmähliche Lockerung der Eindämmungsmaßnahmen seit der zweiten Aprilhälfte nichts geändert. Es ist allenfalls denkbar, dass das Tempo des Rückgangs etwas niedriger ausfällt. Doch dies ist eine Spekulation, die sich ohne nähere Informationen nicht belegen lässt.

14. Mai 2020

In den USA wurden dagegen bislang nur verhaltene Fortschritte erzielt. Die täglichen Neuinfektionen haben sich auf einem vergleichsweise hohen Niveau eingependelt. Die Diskussion über Lockerungsmaßnahmen kommt dort zu früh. Auf der anderen Seite kämpfen diverse Staaten von Brasilien bis Russland mit hohen beziehungsweise zunehmenden Fallzahlen.

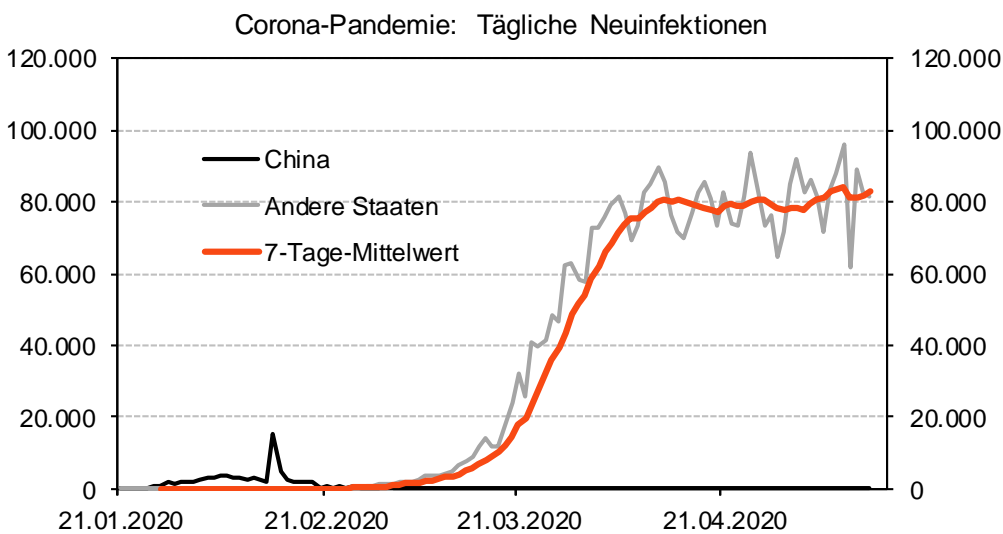
Die Auswirkungen der Pandemie und der Eindämmungsmaßnahmen auf die deutsche Wirtschaft sind verheerend. In weiten Teilen des Landes steht die Produktion still, und der Einzelhandel setzt nur einen Bruchteil des sonst üblichen Volumens um. Verschiedenen Prognosen zufolge dürfte das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um bis zu 7,0 % einbrechen. Für fast jeden Dritten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wurde Kurzarbeit angemeldet, während das ifo-Geschäftsklima auf den tiefsten Stand in der Historie fiel.

- Dr. Torsten Gruber
- Thorsten Proettel
- Bernhard Spitz

1. Pandemie-Entwicklung und Lageeinschätzung

Die positive Botschaft dieser Tage lautet, dass die weltweite Verbreitung des neuartigen Corona-Virus seit ungefähr einem Monat nicht mehr beschleunigt abläuft, sondern „nur“ noch mit gleichbleibendem Tempo. Sichtbar wird dies anhand der nachfolgenden Grafik. In ihr sind die täglich bei der Weltgesundheitsorganisation gemeldeten Neuinfektionen abgetragen (graue Linie) sowie zum besseren Ausgleich der teilweise heftigen Schwankungen ein 7-Tage-Mittelwert (rote Linie). Von Mitte März bis Mitte April war ein exponentieller Anstieg zu beobachten, doch seitdem haben sich die Neuinfektionen bei etwa 80.000 Fälle pro Tag eingependelt.

Seitwärtsbewegung der Neuinfektionen auf globaler Ebene,...



Quelle: CCDC, WHO, eigene Berechnung und Darstellung

Selbstverständlich kann bei einem Anstieg, der rechnerisch jeden zweiten Tag die Bevölkerung einer größeren Stadt wie Heidelberg umfasst, noch nicht wirklich von einer Eindämmung gesprochen werden. Unklar ist auch weiterhin die Höhe der Dunkelziffer der nicht statistisch erfassten Fälle. Und außerdem entwickelt sich die Pandemie je nach Staat ausgesprochen unterschiedlich. Vereinfacht ausgedrückt ist die Seitwärtsbewegung im obigen Schaubild die Summe aus rückläufigen Neuinfektionen in weiten Teilen Westeuropas bei einem gleichzeitig starken Anstieg in Russland und weiterhin hohen Infektionszahlen auf dem amerikanischen Kontinent sowie in anderen Weltregionen.

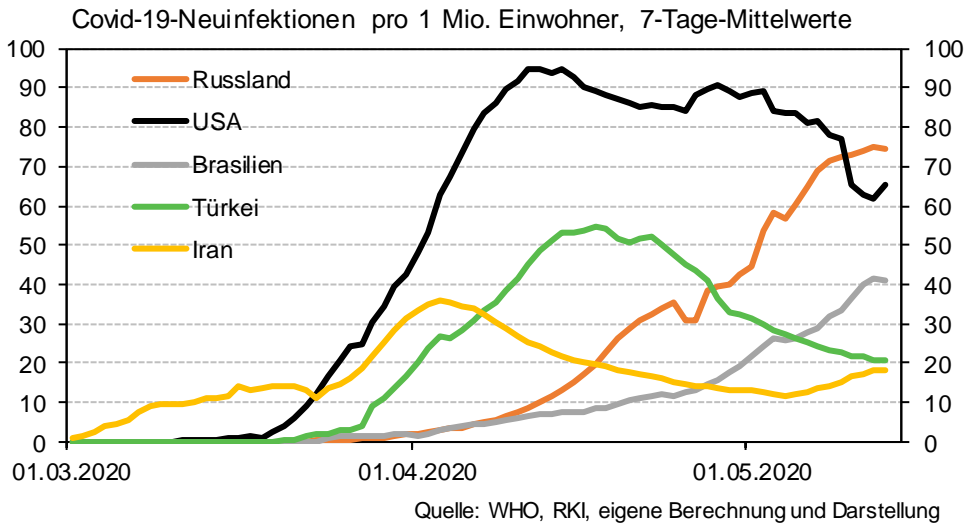
...doch noch keine wirkliche Eindämmung.

Die Weltrangliste der am stärksten betroffenen Staaten wird nach wie vor von den USA angeführt, wo bislang knapp 1,4 Mio. Fälle gezählt wurden. Immerhin ergab sich dort in den letzten Tagen eine leichte Reduktion auf circa 20.000 Neuinfektionen pro Tag im 7-Tage-Durchschnitt beziehungsweise auf rund 65 Fälle pro 1 Mio. Einwohner (siehe Grafik nächste Seite). Bislang ungebremst verläuft dagegen die Entwicklung in Südamerika. So weist die Kurve für Brasilien als größtem Staat des Halbkontinents mit zuletzt mehr als 40 Neuinfektionen immer noch eindeutig nach oben. Diese unerfreuliche Entwicklung wird allerdings von der Lage in Russland in den Schatten gestellt, wo zuletzt durchschnittlich 11.000 neue Fälle pro Tag beziehungsweise rund 74 pro 1 Mio. Einwohner gezählt wurden. Durch den starken Anstieg verdrängte Russland mit zuletzt insgesamt 250.000

USA an erster Stelle, Russland an zweiter.

Fällen Spanien vom zweiten Platz der am stärksten betroffenen Staaten. Die Türkei bekam die Epidemie dagegen ab Mitte April erstaunlich gut in den Griff. Die Neuinfektionen sanken dort in einem ähnlichen Tempo wie zeitlich etwas früher in Deutschland und erreichten zuletzt den rechnerischen Wert von 21 Personen pro 1 Mio. Einwohner. Dagegen ergab sich für den Iran jüngst ein Wiederanstieg in diese Größenordnung.

Spürbare Besserung in der Türkei.



Mit großer Sorge wurde am Anfang dieser Woche an den Börsen die Nachricht aufgenommen, wonach Südkorea und China mit plötzlich wieder steigenden Infektionen zu kämpfen hätten. In beiden Staaten galt das Virus fast als überwunden. Bei näherem Hinsehen entpuppen sich die Zahlen dann doch als eher harmlos im Vergleich zu den Kursrückgängen, die sie verursachten. In Südkorea wurden seit verganginem Freitag 152 neue Fälle gemeldet, die überwiegend in Zusammenhang mit einem sehr aktiven Nachtclubbesucher stehen. Allerdings waren es in den drei Wochen zuvor 219 Neuinfektionen. Und in Festlandchina wurden von Sonntag bis heute Morgen 43 neue Fälle gemeldet, etwas weniger wie in den elf Tagen zuvor. Der größte Teil hiervon geht zudem auf Einschleppungen aus dem Ausland, insbesondere aus Russland zurück.

Große Aufmerksamkeit für wenige Neuinfektionen in Südkorea und China.

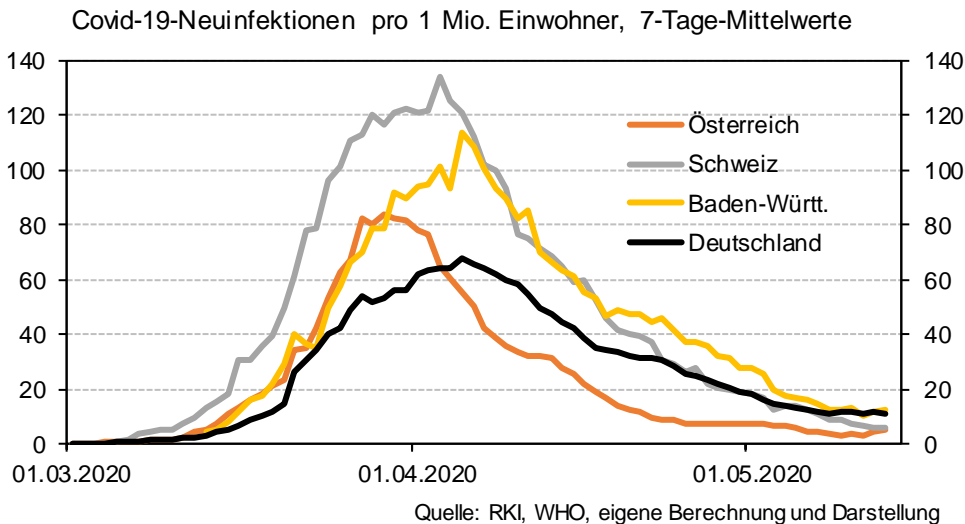
Ob die offiziellen Zahlen der chinesischen Seuchenschutzbehörde korrekt sind, wurde und wird übrigens nach wie vor angezweifelt. Über einen an die Geheimdienste der USA, Großbritanniens, Kanadas, Neuseelands und Australiens erteilten Untersuchungsauftrag wurde in der deutschen Presse vor ein paar Tagen irrtümlicherweise so berichtet, als ob bereits Belege für Datenfälschungen vorlägen. Und das Gerücht, wonach Covid-19 aus einem Forschungslabor in Wuhan stammen würde, verbreitete sich trotz eindeutigen Dementi des US-Auslandgeheimdienstes schneller als das Virus selbst. Vermutlich wird die Krise noch viel Raum für Spekulationen, Verschwörungstheorien und Zwietracht bieten. Im Zusammenhang mit angeblich in den Statistiken zu niedrig ausgewiesenen Zahlen ist es übrigens eine bemerkenswerte Anekdote, dass die USA der Weltgesundheitsorganisation am Sonntag nachträglich 5.475 Todesfälle meldeten, die bislang unveröffentlicht blieben. Das sind mehr Verstorbene als die Pandemie bislang in China insgesamt forderte. Gemäß dem jüngsten Datenausweise der WHO von heute Nacht sind in den USA bislang 79.634 Personen wegen oder mit dem Virus gestorben, 7.634 in Deutschland und 4.644 in China.

Fälscht China die Statistiken,...

...oder doch eher die USA?

In den im März besonders betroffenen Staaten im westlichen Europa entwickelt sich die Lage überwiegend erfreulich. In Italien weist die Kurve mit zuletzt 19 Neuinfektionen pro 1 Mio. Einwohner im 7-Tage-Durchschnitt stramm nach unten. Und mit Ausnahme von Belgien (41 pro 1 Mio. Einwohner) und dem Vereinigten Königreich (67 pro 1 Mio. Einwohner) bewegt man sich überwiegend in einem Korridor von etwa 10 bis 20 neuen Fällen pro Tag und 1 Mio. Einwohner. Die Schweiz und Österreich unterbieten diese Werte mit 6 beziehungsweise 5 Neuinfektionen sogar noch.

Österreich und die Schweiz haben die Lage gut im Griff.



Deutschland wurde von diesen Nachbarländern zuletzt abgehängt, obwohl die Fallzahlen hierzulande in Relation zur größeren Bevölkerung selbst zu Spitzenzeiten Anfang April niedriger blieben als in Österreich und in der Schweiz (siehe Grafik oben). Immerhin näherte sich die Kurve für Baden-Württemberg zuletzt an den niedrigeren Bundesdurchschnitt von 11 Neuinfektionen pro Tag und 1 Mio. Einwohner an. Vermutlich durch die Nähe zu Italien waren Baden-Württemberg und Bayern überdurchschnittlich betroffen.

Baden-Württemberg erreicht bundesdeutsches Niveau.

Über die Gründe für das schlechtere Abschneiden Deutschlands ließen sich vielfältige Spekulationen anstellen. Tatsache ist jedoch, dass sich hierzulande bei verschiedenen Bevölkerungskreisen eine gewisse Corona-Müdigkeit breit gemacht hat. Davon zeugen die Demonstrationen in mehreren Großstädten am Wochenende, bei denen ausweislich der Fernsehbilder natürlich keine Abstandsregeln eingehalten wurden. Nach zwei Monaten Ausnahmezustand liegen manche Nerven blank, und vielleicht spielt auch der Verdross über schlecht kommunizierte beziehungsweise fragwürdig berechnete Kennzahlen des Robert-Koch-Instituts eine Rolle, während manchen Menschen die Lebensgrundlage bei eingeschränkter Bewegungsfreiheit wegbricht. Die Regierung dürfte zudem viel Kredit verspielt haben, indem sie Schutzmasken aufgrund der Knappheit mit einer Notlüge zunächst als wirkungslos darstellte, sie aber später in Supermärkten und im Nahverkehr zur Pflicht machte.

Allmähliche Corona-Müdigkeit in der Bevölkerung.

Hinzu kommen zahlreiche Aspekte des täglichen Lebens, die auf den ersten Blick vielleicht unbedeutend erscheinen mögen, die aber die wirtschaftliche Erholung durchaus beeinträchtigen können. Was nützen beispielsweise wieder geöffnete Shoppingcenter, wenn deren Toiletten aus hygienischen Gründen versperrt bleiben müssen und Eltern unter dem Verkaufspersonal mit weiterhin geschlossenen

Auch Kleinigkeiten sind wichtig.

Kindertagesstätten und Schulen zu kämpfen haben? Die ökonomisch grundsätzlich zu begrüßende Lockerung der Schutzmaßnahmen ist insofern ein zweischneidiges Schwert. Sie führte außerdem zu Divergenzen, da den einen die Entschiede zu früh kommen, anderen wiederum viel zu spät, während eine dritte Gruppe das Tempo zwar für richtig hält, aber sich beziehungsweise die eigene Branche benachteiligt sieht.

Vor diesem Hintergrund besteht zum gegenwärtigen Zeitpunkt vermutlich die größte Gefahr darin, dass Deutschland und andere bedeutende Volkswirtschaften auf einem Mittelweg steckenbleiben, wie wir ihn bereits in früheren Ausgaben unserer Berichte beschrieben haben. In diesem Szenario reicht die Besserung an der medizinischen Front nicht aus, um eine vollständige Lockerung der Maßnahmen durchzuführen. Auf der anderen Seite wäre es aber aufgrund des geschwundenen Durchhaltewillens der Bevölkerung nicht mehr möglich, bestehende Lockerungen zurückzunehmen. Letztlich könnte sich dieser Zwischenzustand über einen Zeitraum hinziehen, der länger ist als die Überbrückungsmöglichkeiten der Unternehmen. Hierdurch könnte dann unter Umständen eine echte, länger anhaltende Rezession entstehen.

Bleibt Deutschland auf einem Mittelweg stecken?

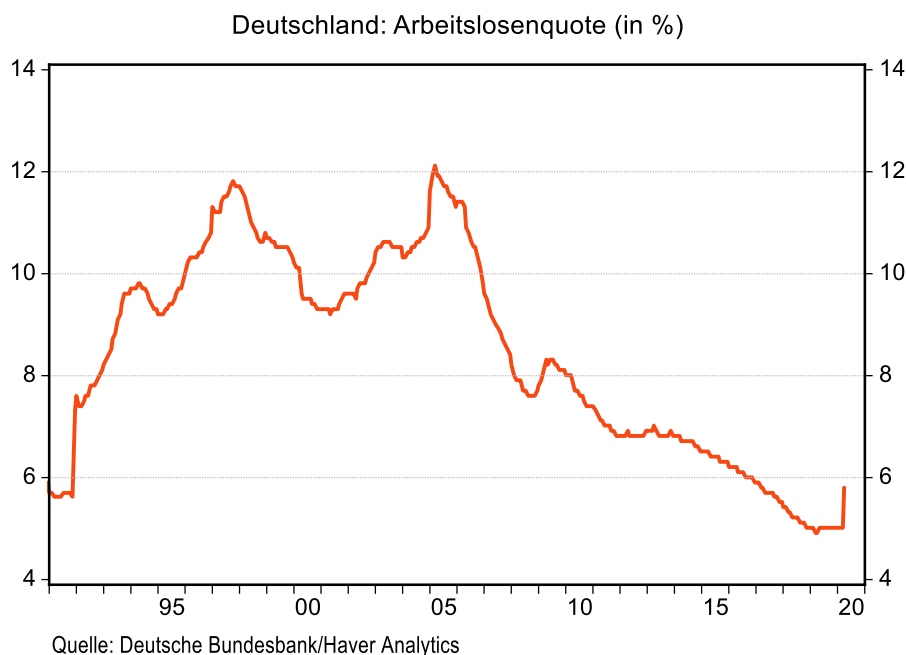
2. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Üblicherweise gilt der Arbeitsmarkt als ein Konjunkturindikator, welcher der tatsächlichen Lage mit einem gewissen zeitlichen Abstand hinterherläuft. Oder anders ausgedrückt: Das Leiden der Realwirtschaft muss bereits einige Zeit anhalten, bevor in nennenswertem Maßstab Leute entlassen werden. Durch die besonderen Umstände und ihr plötzliches Auftreten ist dies in der gegenwärtigen Krise anders. Die verschiedenen Arbeitsmarktdaten geben auch hierzulande einen zeitnahen Eindruck über das Geschehen.

Der Arbeitsmarkt spiegelt die Krise wider.

Gemäß dem jüngsten Statistiken der Bundesagentur für Arbeit schnellte die Arbeitslosenquote in Deutschland von 5,0 % im März und damit fast vom niedrigsten Stand seit Beginn der Datenreihe für das wiedervereinigte Deutschland auf 5,8 % im April nach oben (siehe Chart nächste Seite). Rund 308.000 Menschen verloren ihre Stelle. Der allmähliche Rückgang der Quote in den vergangenen drei Jahren wurde damit im Handstreich eliminiert. Und für den laufenden Monat kann ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit fast sicher angenommen werden.

Deutlicher Anstieg der Arbeitslosenquote.



Die Arbeitslosenquote stellt jedoch nur eine Facette des Beschäftigungsmarktes dar. Die andere ist die Kurzarbeit. Die Bundesregierung senkte im Zuge der Corona-Maßnahmen die Voraussetzungen für den Bezug dieser Lohnunterstützung deutlich. Unternehmen können deshalb bereits dann Ansprüche anmelden, wenn für mindestens 10 % der Beschäftigten ein Ausfall von mehr als 10 % des Bruttoarbeitsentgelts ansteht, wobei die Hilfen auch nur für einzelne Betriebsteile gewährt werden können. Bislang mussten 30 % der Beschäftigten betroffen sein.

Gemäß Arbeitsagentur bezogen im Februar und damit weitgehend vor der Corona-Krise 114.000 Menschen Kurzarbeitergeld. Bis zum 26. April wurden dann Anzeigen für insgesamt 10,1 Mio. Personen erfasst. Dies ist ein absoluter Rekordstand, der im Nachgang der Weltfinanzkrise 2008/09 mit in der Spitze 1,4 Mio. betroffenen Menschen nicht einmal annähernd erreicht wurde. Im gesamten Krisenjahr 2009 erhielten insgesamt 3,3 Mio. Menschen Kurzarbeitergeld. Besonders stark betroffen ist aktuell der Dienstleistungssektor. Beispielsweise entsprechen die Anträge in der Luftfahrt und in der Gastronomie Anteilen von 76 % beziehungsweise 93 % aller dort Beschäftigten. Gemessen an den ungefähr 33,6 Mio. sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmern in Deutschland ist somit annähernd jeder dritte betroffen.

Für Baden-Württemberg ergibt sich ein grundsätzlich ähnliches Bild. Die Arbeitslosenquote stieg von 3,4 % im März auf 4,0 % im April an. Besonders deutliche Zuwächse meldeten die kreisfreien Städte mit ihrem überproportional hohen Dienstleistungssektor. So führen Heilbronn, Pforzheim und Mannheim mit Arbeitslosenquoten von zuletzt 6,0 %, 6,9 % beziehungsweise 7,0 % die Liste an. Dagegen nimmt sich der Anstieg im Landkreis Biberach von 2,1 % auf 2,5 % bescheiden aus. Allerdings wurden für das gesamte Bundesland bis zum 26. April Anträge auf Kurzarbeitergeld für fast 1,3 Mio. Menschen gestellt. Dieser Wert vergleicht sich mit knapp 4,8 Mio. sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

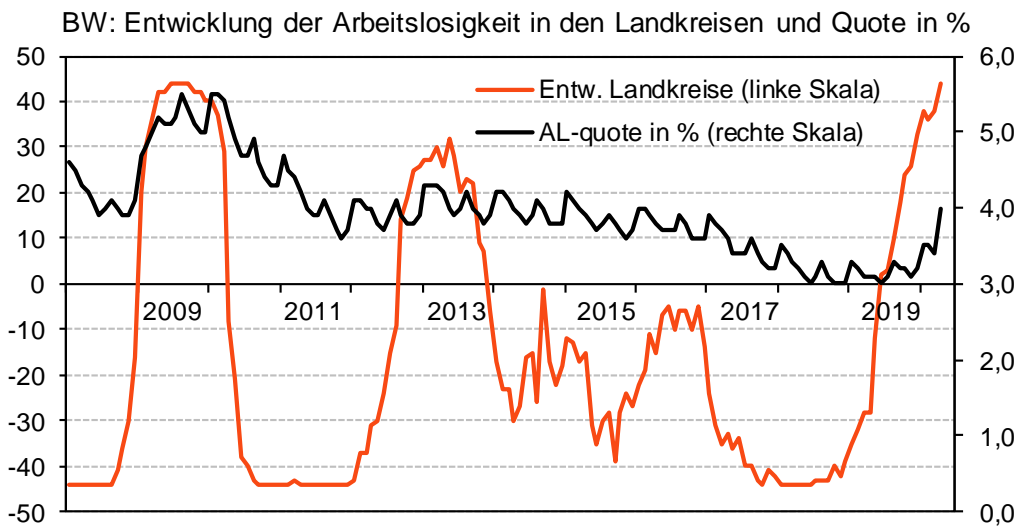
*Bunderegierung
senkte Hürden für
Kurzarbeitergeld.*

*Fast jeder Dritte von
Kurzarbeit betroffen.*

*Auch Baden-
Württemberg wurde
mit voller Wucht ge-
troffen.*

Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass der Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg die besten Zeiten bereits vor der Corona-Krise hinter sich gelassen hat. Während die Arbeitslosenquote 2018 noch in allen 44 Landkreisen und kreisfreien Städten rückläufig war, verschlechterte sich das Bild bei einer absolut betrachtet immer noch niedrigen Quote im Jahresverlauf 2019 deutlich. So lag der Saldo aus Kreisen mit steigenden und fallenden Quoten im Vergleich zum Vorjahresmonat im Januar 2020 bereits bei 38 (rote Linie im nachfolgenden Schaubild).

Der Arbeitsmarkt schwächelte hierzu-lande schon 2019.



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnung und Darstellung

Ein Grund für das schon vorab schlechtere Abschneiden des Arbeitsmarktes in Baden-Württemberg ist die Misere im Fahrzeugbau. Für manchen Hersteller bietet die Corona-Krise denn auch die Chance, einen Teil der Lohnkosten der ohnehin nicht ausgelasteten Produktion auf den Staat abzuwälzen, während man im Bereich Forschung und Entwicklung Zeit gewinnt. Die bundesdeutsche Automobilproduktion lag auch aufgrund einer verfehlten Modellpolitik unmittelbar vor der Krise ungefähr 20 % unterhalb des durchschnittlichen Niveaus der vergangenen Jahre. Im April ruhte sie dann fast vollständig.

Der Fahrzeugbau gilt als Sanierungsfall.

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit würden normalerweise für ein deutliches Schwinden der Kaufkraft sprechen, was sich wiederum sehr negativ auf den Konsum auswirken sollte. Das Kurzarbeitergeld entspricht vereinfacht formuliert nur 60 % des sonst üblichen Nettolohns beziehungsweise 67 %, sofern auf der Lohnsteuerkarte ein Kinderfreibetrag von mindestens 0,5 eingetragen ist. Auch in diesem Punkt zeigt sich der Wille des Gesetzgebers, die Folgen der aktuellen Krise so gut wie möglich zu mindern. Im Zuge der Corona-Maßnahmen wurde beschlossen, die Entgeltersatzleistung ab dem vierten Monat auf 70 % beziehungsweise 77 % zu erhöhen und ab dem achten Monat auf 80 % beziehungsweise 87 %.

Kurzarbeitergeld bedeutet niedrigere Ausgabenspielräume.

Aber auch trotz finanzieller Abfederung der Konsumenten dürften die Einzelhandelsumsätze zuletzt eingebrochen sein. Hierfür spricht, dass viele Ladengeschäfte für den nicht notwendigen täglichen Lebensbedarf bis zum 20 April oder darüber hinaus geschlossen blieben. Und die seitdem beschlossenen oder von Gerichten durchgesetzten Öffnungen lockten zwar viele Ausgewilligte zum Flanieren in die Innenstädte, doch gemäß anekdotischen Berichten von

Viele Ladengeschäfte blieben ohnehin geschlossen.

Einzelhändlern zufolge blieben die Umsätze spärlich. Daneben bleiben auch viele Menschen aus Angst vor Ansteckung lieber zu Hause.

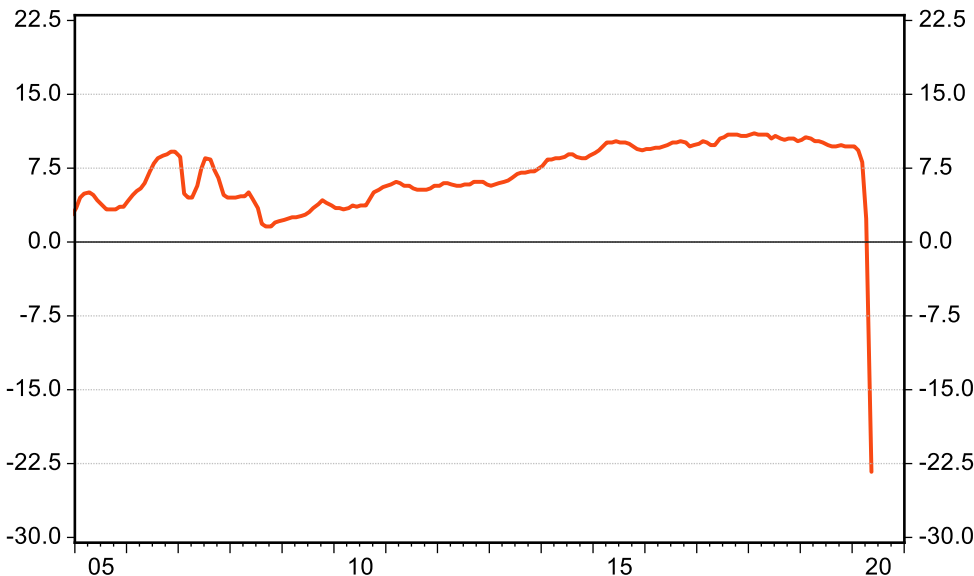
Die jüngste Publikation des Statistischen Bundesamtes zu diesem Themenkreis deckt das wahre Ausmaß vermutlich nur unvollständig auf. Demnach ergab sich im März ein saisonbereinigter Rückgang der Einzelhandelsumsätze um 5,6 % gegenüber dem Vormonat. In den Zahlen der Wiesbadener Behörde bleiben Fahrzeugverkäufe jedoch unberücksichtigt, und es ist zudem unklar, inwieweit Hamsterkäufe einen noch kräftigeren Rückgang verhinderten.

Eine bessere Annäherung an die gegenwärtigen Verhältnisse im Einzelhandel bietet möglicherweise das von der Nürnberger Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) erhobene Verbrauchervertrauen. Es schwankte in den letzten fünf Jahren um einen Wert von rund 10 Punkten und erreichte nach der Pleite von Lehman Brothers im September 2009 einen bisherigen Tiefstand von 1,5 Punkten. Der Index brach im Mai dieses Jahres auf minus (!) 23,4 Punkte ein (siehe Grafik).

Einzelhandelsumsätze möglicherweise durch Hamsterkäufe verzerrt.

Konsumentenvertrauen auf Allzeittief.

Deutschland: GfK-Verbrauchervertrauen



Quelle: GfK Marktforschung/Haver Analytics

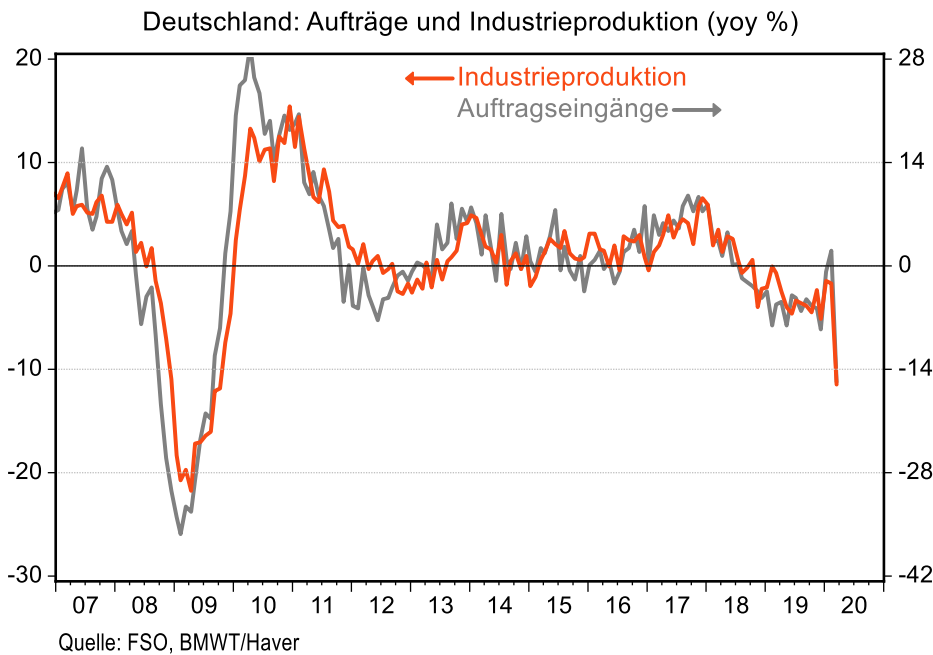
Während im Einzelhandel grundsätzlich unklar ist, welche Anteile der Umsatzausfälle auf erzwungene Ladenschließungen oder auf die rückläufige Kaufkraft der Konsumenten oder auf deren reduzierte Konsumlust entfallen, ist die Lage auf dem Mietmarkt relativ eindeutig. Auf Mietzahlungen verzichtet in der Regel nur, wer diese aufgrund von finanziellen Lücken nicht leisten kann. Nach einer vom Eigentümerverband „Haus & Grund Deutschland“ in Auftrag gegebenen repräsentativen Umfrage von Ende April gaben immerhin 6,9 % der Mieter an, diesen Zustand erreicht zu haben. Und ihr Anteil könnte in den nächsten Wochen deutlich steigen, da weitere 17,6 % der befragten Mieter noch nicht abschätzen konnten, ob sie ihre Mietzahlungen auch zukünftig aufbringen werden können.

Viele Mieter können nicht zahlen.

Es ist vermutlich fast unnötig zu erwähnen, dass natürlich auch die Produktion im verarbeitenden Gewerbe in die Knie gegangen ist. Die Industrieproduktion lag im März saisonbereinigt 9,2 % unterhalb des Wertes von Februar beziehungsweise 11,6 % unter dem Vorjahresmonat (siehe Grafik unten). Gemessen am Tiefstand

Industrieproduktion stark rückläufig.

der letzten Rezession vom April 2009 bei -21,8 % besteht noch deutlich Luft nach unten, doch möglicherweise wird dieser Wert bereits mit der nächsten anstehenden Datenveröffentlichung am 8. Juni unterboten. Hierauf deuten beispielsweise die Auftragseingänge der Industrie hin, die im März um 15,6 % gegenüber dem Vormonat einbrachen beziehungsweise um 16,0 % unter dem Volumen von März 2019 lagen.



Die oben genannten Werte für den gesamten Wirtschaftssektor verdeckt natürlich die unterschiedliche Betroffenheit der Branchen. Wie bereits angesprochen stellten beispielsweise die Kraftfahrzeugproduzenten ihre Arbeit völlig ein. Gemäß dem Verband der Automobilindustrie (VdA) rollten im März noch 290.000 Fahrzeuge vom Band, aber im April lediglich 10.900 Einheiten. Vor Beginn der Turbulenzen um verschärfte Abgasvorschriften im Jahr 2018 wurden dagegen durchschnittlich 480.000 Fahrzeuge pro Monat hergestellt, und die Kapazitätsgrenze dürfte nach unserer Schätzung sogar bei grob 580.000 Wagen liegen.

Kfz-Industrie stark betroffen,...

Für die Bauwirtschaft ergibt sich dagegen ein vollkommen anderes Bild. Die Nachfrage nach mehr Wohnraum ist durch den Bevölkerungsanstieg der letzten Jahre ungebrochen. Und auf dem Bau scheint es leichter möglich zu sein, die Wahrung der geforderten Abstandsregeln zuzusichern. Ob diese auch tatsächlich eingehalten werden steht auf einem anderen Blatt. So sollen die rund 20.000 Neuinfektionen mit dem Corona-Virus in dem südostasiatischen Stadtstaat Singapur innerhalb der letzten vier Wochen ausschließlich auf das Konto von Bauarbeitern gehen. Offenbar spielt das enge Zusammenleben in Wohncontainern und ähnlichem eine Rolle. Unabhängig hiervon weisen die jüngsten Statistiken aus Deutschland für März einen Anstieg der Bauproduktion um 1,8 % gegenüber Februar beziehungsweise um 5,0 % gegenüber März 2019 aus.

...aber Bauwirtschaft bislang überhaupt nicht.

Die Bauwirtschaft alleine kann die deutsche Konjunktur natürlich nicht retten. Der Geschäftsklimaindex des Münchener ifo-Institut als das vermutlich

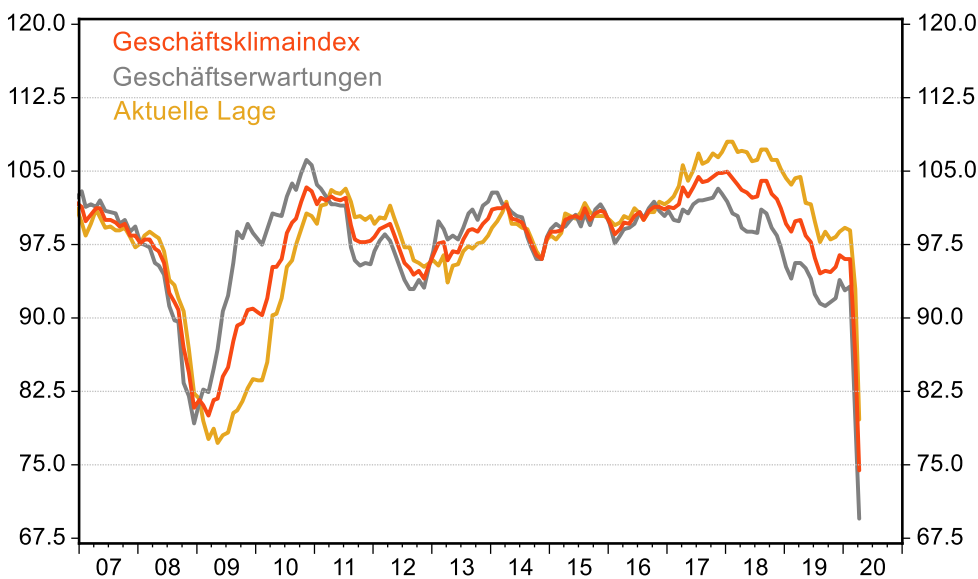
aussagekräftigste deutsche Konjunkturbarometer brach im April auf 74,3 Punkte ein. Damit wurde der Tiefstand der letzten Rezession vom März 2009 bei 79,9 Punkten deutlich unterboten. Nur der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, dass sich in der Zwischenzeit die Berechnungsmethode des Ifo-Index geändert hat und zudem eine Neuindexierung stattfand, weshalb der oben genannte Wert für 2009 nicht das damals tatsächlich ausgewiesene, sondern nur das nachträglich berechnete Tief darstellt.

Ifo-Geschäftsklima auf Rekordtief...

Im März 2009 fiel die Beurteilung der Lage noch schlechter aus als die Geschäftserwartungen, was als Anzeichen für die Talsohle und eine anschließende Besserung gedeutet werden konnte, die dann tatsächlich auch eintrat. Heute ist es leider exakt umgekehrt, beziehungsweise die Stellung der verschiedenen Komponenten deutet auf eine weitere Verschlechterung hin. Der Lageindex steht nämlich bei 79,5 Punkten, während die Erwartungen mit 69,4 Punkten einen extremen Pessimismus der befragten Unternehmen widerspiegeln. Diese Zahlen sollten jedoch nicht als unabänderliches Schicksal wahrgenommen werden. Angesichts der Dynamik der Situation in den letzten Wochen und der daraus resultierenden Unsicherheit in den befragten Unternehmen verwundert der Einbruch nicht. Eine zumindest leichte Erholung in den kommenden Monaten ist durchaus im Bereich des Möglichen.

...bei einem negativen Ausblick.

Deutschland: Ifo Index



Quelle: Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung/Haver Analytics

Unstrittig dürfte allerdings sein, dass Deutschland derzeit den schärfsten Wirtschaftseinbruch seit dem Zweiten Weltkrieg durchlebt. Die Bundesregierung erwartet aktuell für das Gesamtjahr 2020 einen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes (BIP) um 6,3 %. Die EU-Kommission veranschlagt für Deutschland ein Minus von 6,5 %, und der Internationale Währungsfonds prognostiziert ein BIP-Rückgang um 7,0 %. Bei diesen Zahlen ist anzumerken, dass die unterstellten Wachstumsraten für die einzelnen Quartale extremer ausfallen. Nach Einbrüchen im ersten und zweiten Quartal wird für das zweite Halbjahr eine deutliche Besserung unterstellt.

BIP-Einbruch um ca. 6,3 % bis 7,0 % erwartet.

Sollte es so kommen, dann dürfen die möglicherweise im dritten und vierten Quartal erreichten optisch hohen Wachstumsraten jedoch nicht über das niedrigere Niveau der Wirtschaftsleistung durch den Einbruch im ersten Halbjahr hinwegtäuschen. Und selbst bei Eintritt der positiven Wachstumsprognosen für 2021 im Korridor von 5,2 % (Bundesregierung, IWF) bis 5,9 % (EU-Kommission) läge das reale BIP immer noch unter dem Wert von 2019.

Niveau dürfte selbst bei Erholung gedrückt bleiben.

3. Fazit

In Deutschland und mehreren anderen westeuropäischen sowie verschiedenen asiatischen Staaten gelang in den letzten Wochen eine spürbare Eindämmung der Neuinfektionen. In anderen Ländern wie beispielsweise Russland und auf dem amerikanischen Kontinent steht dieser Schritt bislang aus. Deshalb ist dort voraussichtlich sogar eine Verschärfung der Maßnahmen gegen die Pandemie notwendig, während hierzulande tendenziell eher über Lockerungen nachgedacht werden kann. Insbesondere in den USA prallt die harte Realität auf zu optimistische Wunschvorstellungen, wie die jüngsten Aktienkursrückgänge nach offenen Worten des dortigen Chefvirologen Anthony Fauci eindrücklich demonstrieren.

In vielen Staaten sind Lockerungsmaßnahmen bislang Wunschenken.

Eine große Gefahr für die weitere Entwicklung ist ein Wiederanstieg der Neuinfektionen in solchen Regionen, die bereits das Größte hinter sich brachten. Vermutlich wird dieses Risiko erst durch die Entwicklung eines marktreifen Impfstoffes beseitigt. Bis dahin ist eine Normalisierung auch aufgrund der Gefahr von Virus-Einschleppungen aus noch stärker betroffenen Gebieten kaum vorstellbar.

Ein Impfstoff wäre die beste Lösung.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie und der ergriffenen Gegenmaßnahmen sind verheerend. Die bislang veröffentlichten Daten zur Produktion, den Einzelhandelsumsätzen und der Arbeitslosigkeit stellen nur einen Zwischenstand dar. Vermutlich wird der Absturz in allen Kategorien zumindest im 2. Quartal 2020 größer ausfallen als während der Krise 2008/09.

Wirtschaftskrise umfassender als 2008/09.

Das positive Szenario einer schrittweisen Lockerung der ergriffenen Maßnahmen in Deutschland in den kommenden Wochen würde voraussichtlich vergleichsweise hohe prozentuale Wachstumsraten im zweiten Halbjahr 2020 und darüber hinaus bescheren. Da der Anstieg aber von einer niedrigeren Ausgangsbasis erfolgt, wird die Wirtschaftsleistung des Jahres 2019 voraussichtlich Ende 2021 noch nicht wieder erreicht worden sein.

Erholung im zweiten Halbjahr würde nur etwas Entlastung bringen.

Es sei auch daran erinnert, dass die hiesige Wirtschaft nach der Corona-Krise vermutlich mit den gleichen Problemen zu kämpfen haben dürfte wie zuvor. Hierzu gehören eine gedämpfte Nachfrage aus den bislang wachstumsstarken asiatischen Staaten und ein schleppend verlaufender Welthandel aufgrund des zunehmenden Protektionismus sowie Strukturveränderungen, insbesondere in der wichtigen Automobilwirtschaft. Als weitere Hürde dürfte hinzukommen, dass viele Unternehmen, aber auch Privathaushalte und Regierungen zunächst mit Sparmaßnahmen auf die in der Krise gerissenen Finanzlücken reagieren dürften.

Die Probleme nach der Krise dürften die gleichen wie zuvor sein.